

Die Niederlande

Marij Leenders

Am Prinsjesdag 2008, dem traditionellen Zeitpunkt der Darlegung der politischen Ziele der vierten Regierung Balkenende (Kabinett aus CDA, PvdA und CU) für das kommende Jahr, rief die Regierung zu einem größeren niederländischen Selbstbewusstsein auf. Nach Meinung der Regierung war dies durch die neuesten internationalen Entwicklungen und das nicht länger selbstverständliche Wirtschaftswachstum notwendig geworden. Im Zentrum des Haushaltsplans für 2009 standen eine intensive internationale Zusammenarbeit, optimale Chancen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und eine Umwelt, die Menschen Halt und Vertrauen gibt. Im Haushaltsplan von Finanzminister Wouter Bos hieß es, dass die Niederlande eine gute Ausgangsposition hätten, um die weltweite Wirtschaftskrise durchzustehen. Seiner Meinung nach, seien die Staatsfinanzen gesund. Er rief die Gewerkschaften und Arbeitgeber auf, auf die Eingriffe, die die Regierung plane, „vernünftig“ zu reagieren. Bos' positive Haltung hielt Kritiker nicht davon ab, die Solidität des Haushaltsplans für 2009 mit Fragezeichen zu versehen. Der Raad van State (Staatsrat), der frühere Finanzminister Gerrit Zalm und der VVD-Vorsitzende Mark Rutte meinten, dass das Kabinett sich zu sehr auf zusätzliche Staatseinkünfte aus der Gasgewinnung stütze und die Steuererleichterungen von 2,5 Milliarden Euro nicht solide genug finanzieren würden. Das Kabinett versuchte, die schwächeren Gruppen durch das Aussetzen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung und die Abschaffung des Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung zu schützen. Die PvdA unternahm einen Versuch, die exzessiven Bonuszahlungen für Topmanager über Steuererhebungen abzuschöpfen. Doch die vorgestellten Maßnahmen sind nach Meinung der Kritiker unnötig kompliziert und voraussichtlich nicht effektiv.

Die Krise hatte offenbar auch auf das politische Klima in den Niederlanden Wirkung. Bei den Umfragen in der ersten Juliwoche 2009 fiel vor allem der enorme Zugewinn der rechtspopulistischen Partei von Geert Wilders, der Partij van den Vrijheid (PVV), auf. Die wichtigsten Themen dieser Partei sind: die drohende Gefahr der Islamisierung, massenhafte Einwanderung, die gestoppt werden müsse, keine Milliardenzahlungen für die Europäische Union mehr, ein verkleinerter Staat, niedrigere Steuern und keine Subventionen mehr für linke „Hobbys“ wie Kunst und Kultur. Die Botschaft der PVV kommt an: Wenn in der ersten Juliwoche gewählt worden wäre, würde diese Partei von 9 Parlamentssitzen auf 32 anwachsen. Neben der CDA wäre die PVV nach Meinung des politischen Barometers die größte Partei.¹

Die Wirtschaftskrise

Die niederländische Regierung begann ihre Bemühungen, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen, Ende September 2008 mit den Eingriffen bei Fortis. Der Aktienkurs war abgestürzt und der Konzern hatte akute Liquiditätsprobleme. Eine Insolvenz drohte. Die drei betroffenen Regierungen – Niederlande, Belgien und Luxemburg – übernahmen in ihren jeweiligen Ländern zunächst 49% der Anteile in Staatsbesitz. Eine Woche später übernahm

Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 <http://www.politiekebarometer.nl>.

der niederländische Staat sämtliche Bank- und Versicherungsaktivitäten von Fortis in den Niederlanden, einschließlich ABN Amro Nederland. Der belgische Zweig geriet in die Hände des belgischen Staats und der französischen Bank BNP Paribas. Die niederländische EU-Wettbewerbskommissarin Kroes forderte kurz danach von den Niederlanden, Belgien und Luxemburg mehr Aufklärung über diese Rettungsaktion. Sie wollte u.a. wissen, ob die drei Länder dabei ausreichend auf wettbewerbsverzerrende Folgen geachtet haben. Übrigens schaffte es die Fortis Bank Nederland früher als erwartet, dem niederländischen Staat einen kurzfristigen Notkredit zurückzuzahlen. Insgesamt geht es um einen Betrag von 34 Milliarden Euro, den Finanzminister Bos direkt nach der Übernahme im Oktober 2008 zur Verfügung gestellt hatte, um die Kreditvergabe an Kunden abzusichern. Ein langfristiger Kredit durch den Staat über 9,5 Milliarden Euro wird vorläufig nicht zurückgezahlt.²

Am 26. März 2009 brachte Balkenende mit einiger Verspätung das vollständige Krisenpaket seiner Regierung im Parlament ein. Es umfasste insgesamt 80 Milliarden Euro Bankenunterstützung, 200 Milliarden Euro Kreditgarantien, 50 Milliarden Euro „automatische“ Sonderausgaben und 17 Milliarden Euro spezielle Fördermaßnahmen. Alle diese Maßnahmen sollten die Staatsfinanzen auf lange Sicht sicherstellen. Die Kritik der Opposition, die sich übergangen fühlte, weil nur die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien mit dem Kabinett verhandelt hatten, richtete sich nicht so sehr gegen die Eingriffe als solche, sondern auf das, was unterlassen worden war. So bekam Finanzminister Bos von der liberalen und der sozialistischen Partei harte Worte zu hören über die Bonuszahlungen, die die ING ausgezahlt hatte, eine Bank, die dank staatlicher Finanzspritzen überlebt hatte.³

Das Parlament beschloss im April 2009 eine parlamentarische Untersuchung mit dem Hauptziel, die Ursachen der Krise zu identifizieren.⁴

Die Europadebatte

Am 3. Oktober 2008 startete das Projekt „Europäische Bürgerkonferenzen“, an dem alle 27 EU-Staaten mit dem Ziel teilnehmen, ihre Bürger stärker für die europäische Politik zu sensibilisieren. In den Niederlanden wurde das Projekt von Prof. M. Leyenaar von der Radboud Universität Nimwegen geleitet, die auf das Gebiet der Bürgerbeteiligung spezialisiert ist. 50 Niederländer, ein Durchschnitt der niederländischen Bevölkerung, erhielten die Gelegenheit, je zehn Empfehlungen für ein soziales und gerechtes Europa zu formulieren. Die Teilnehmer waren gut vorbereitet, sie erhielten im Vorfeld umfassende Informationen darüber, was die Europäische Union ist und was das Europaparlament und die Europäische Kommission überhaupt tun können. Darüber hinaus konnten die Teilnehmer unabhängige Experten befragen. Diese Bürgerbefragung fand in den anderen 26 teilnehmenden Ländern gleichzeitig statt. Mitsprache war nicht allein der Bürgerkonferenz vorbehalten: Ab dem 3. Dezember 2008 können auf der Internet-Plattform „<http://www.european-citizens-consultations.eu/>“ auch andere Teilnehmer ihren Teil dazu beitragen.

Das Vertrauen der Niederländer in Europa ist relativ groß. Aus einer Umfrage der Europäischen Kommission und des Europäischen Ausschusses der Regionen wird deutlich, dass zwei Drittel der Niederländer (64%) ihr Vertrauen in die Europäische Union setzen. Dieses Ergebnis ist deutlich höher als der EU-Durchschnitt von 47%. Die Niederländer sind auch der stärkste Anhänger der EU, denn nicht weniger als 75% sind mit der

2 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal (HTK), 21. Januar 2009.

3 HTK, 26. März 2009.

4 HTK, 1. April 2009.

Mitgliedschaft in der EU einverstanden. Der europäische Durchschnitt liegt bei 53%. Für ihren Alltag sehen die Niederländer die EU nicht als wichtig an. Nur 6% sind der Meinung, dass Europa größeren Einfluss hat als die nationale Regierung, die Provinzen und Kommunen. Für sie sind Verbrechensbekämpfung, Umweltpolitik und gemeinsame Außenpolitik die wichtigsten Aufgaben der Europäischen Union.⁵

Wegen der Wahlen zum Europaparlament erhielt Europa im Jahr 2009 mehr Aufmerksamkeit im niederländischen Parlament. In der Tweede Kamer wurde über die beiden Sitze des Europäischen Parlaments in Brüssel und Straßburg diskutiert. Die PvdA und die Oppositionsparteien VVD, SP, D66, GroenLinks und SGP stellten am 18. März 2009 den Antrag, die Regierung solle diesen Punkt beim Europäischen Rat ansprechen. Der Antrag wurde abgelehnt, da laut Außenminister Maxime Verhagen im Vertrag von Amsterdam stehe, dass das Europäische Parlament auch in Straßburg einen Sitz habe. Erst wenn eine Vertragsänderung zur Sprache käme, könnte dieser Punkt in Europa wieder angesprochen werden. In der Eerste Kamer wurde im März, während der jährlichen Europadebatte, über die Rolle der EU bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise diskutiert. Mehrere Fraktionen plädierten für eine gemeinschaftliche Strategie und wiesen auf die Gefahr von nationalem Protektionismus hin. CDA-Senatoren stellten den Antrag, der von allen Fraktionen unterstützt wurde, das 60-jährige Bestehen des Europarats und das 50-jährige Bestehen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu feiern. Im Juni ergriff die Eerste Kamer die Initiative, gemeinsam mit der Tweede Kamer zu überlegen, wie ihr Einfluss auf die Europäische Union größer werden könne. Mit dem Vertrag von Lissabon hat die Eerste Kamer bei der Beurteilung der europäischen Pläne ebenso viele Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten erhalten wie die Tweede Kamer. Dies bedeutete auch, dass der Senat ohne eine Vorlage der Regierung mit dieser über ein aktuelles Thema der europäischen Politik sprechen kann.

Wahlen

Der Wahlkampf für das Europaparlament begann träge, wurde durch den Anschlag am Koninginnendag (30. April) unterbrochen, fand in den Medien kaum statt und war insgesamt eher flach. Die Themen des Wahlkampfs waren u.a. die Rolle der EU in der Wirtschaftskrise, mehr Kontrolle über die EU und Energiesicherheit. Vor allem die Bedeutung, die die immer populärer werdende PVV von Geert Wilders für sich reklamierte, fiel auf. Sie profilierte sich als Gegner der EU-Erweiterung (Bulgarien, Rumänien, Türkei) und forderte die Beschränkung der EU-Zuständigkeit auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Des Weiteren stand auch das Vetorecht für nationale Parlamente bei der europäischen Gesetzgebung auf ihrem Programm. Wilders wollte im Rahmen des Wahlkampfs und auf Bitten der italienischen Lega Nord den Anti-Koran-Film „Fitna“ in einem der Gebäude des Europäischen Parlaments zeigen. Der Parlamentspräsident verhinderte dies: Ein erster Antrag sei in Straßburg abgelehnt worden und gleiches gelte auch für Brüssel. Zuvor hatte Großbritannien Wilders nicht ins Land gelassen und sich dabei auf EU-Regeln berufen, die besagten, dass die Verweigerung zulässig sei, wenn die öffentliche Ordnung gestört zu werden drohe.

Die Wahlen, bei denen über 25 der 736 Sitze im Europäischen Parlament entschieden wurde, fanden am 4. Juni 2009 statt. Die Wahlbeteiligung war mit 36,5% unerwartet niedrig. Auffällig war, dass die Wähler sowohl anti- wie proeuropäische Parteien wählten. Die PVV, die im Europäischen Parlament als unabhängige Partei agieren wollte, wurde mit 17% aller Stimmen zum Gewinner. Auch die anderen Oppositionsparteien, außer der VVD, erhielten

5 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_299_brut_nl.pdf.

mehr Stimmen als 2004: Die liberale Partei D66 stieg von 4,2 auf 11,3%, gefolgt von GroenLinks (von 7,4 auf 8,9%). Der größte Verlierer war die Regierungspartei PvdA (von 23,6 auf 12,2%). Die CDA verlor ebenfalls (von 24,4 auf 19,9%), blieb aber mit 5 Sitzen doch stärkste Partei.⁶ Die drei traditionellen Parteien – CDA, PvdA und VVD – erhielten zusammen nicht einmal 44% der Stimmen. Bei den Parlamentswahlen 2006 hatten sie noch mehr als 62% erreicht. Aus einer Befragung, die das Büro Motivaction im Auftrag der CDA unter 1.200 Personen durchführte, wurde deutlich, dass die Wähler, die 2006 für die PVV gestimmt hatten, stärker mobilisiert wurden (drei Viertel wählten) als die Wähler anderer Parteien.⁷

Das Meinungsforschungsinstitut Synovate analysierte im Auftrag der Presseagentur ANP und des Fernsehsenders NOS die Europawahlen. Ausgangspunkt waren die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und in der Parteienloyalität der Wähler. Das hohe Ergebnis der linksliberalen D66 ergab sich aus einer überdurchschnittlichen Mobilisierung und großer Loyalität, bei den Sozialdemokraten war die Mobilisierung ungefähr gleich hoch und bei den Christdemokraten war eine relativ niedrige Loyalität zu verzeichnen. Nur 36,5% der Wähler der Sozialistischen Partei bei den nationalen Parlamentswahlen 2006 stimmten bei den Europawahlen auch für diese Partei. Ein großer Teil (21,8%) der SP-Wähler stimmte dieses Mal für die PVV.⁸

Niederländische Politik in der EU

Außenminister Verhagen (CDA) stellte harte Bedingungen für das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der EU und Serbien. Anders als die meisten EU-Staaten beharrte er auf seinem Standpunkt, dass Serbien vollständig mit dem Jugoslawien-Tribunal zusammenarbeiten müsse, um Mladic zu ergreifen. Des Weiteren sind Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien wegen der Wirtschaftskrise in den kommenden drei Jahren noch nicht auf dem niederländischen Arbeitsmarkt willkommen.

Auch auf dem Gebiet der Sicherheit schienen die Niederlande ihre Position innerhalb der EU zu verfestigen. Das Kabinett hatte durchblicken lassen, dass man im August das Kommando über die EU-Mission Atlanta zur Piratenbekämpfung vor der Küste Somalias übernehmen wolle. Auch bezogen die Niederlande einen deutlichen Standpunkt bei der Anfang Januar begonnenen israelischen Bodenoffensive im Gazastreifen. Die Aussage, diese Offensive sei „defensiv“, wurde sowohl von der Sozialistischen Partei wie von GroenLinks scharf kritisiert, die der Meinung waren, dass die Regierung die unverhältnismäßige Gewalt seitens Israels verurteilen müsse. Die Regierung widersetzte sich Sanktionen gegen Israel und einem Aufruf der EU für eine internationale Untersuchung vermeintlicher Kriegsverbrechen. Der Außenminister erhielt für seinen Vorschlag, eine EU-Mission an die Grenze zwischen Gaza und Ägypten zu schicken, die Unterstützung einer Mehrheit im Parlament.⁹

Auf wirtschaftlichem Gebiet legten sich die Niederlande quer, als die Europäische Kommission noch kurz vor Schluss den Haushalt für 2009 um weitere 5 Milliarden Euro für Breitbandinternet, Gas- und Stromleitungen und die unterirdische Lagerung von CO₂ erhöhen wollte. Obwohl die Folgen der Wirtschaftskrise in den Niederlanden vorerst noch überschaubar scheinen, werden in der politischen Arena neue Trennlinien gezogen und die nationalistische Rechte gewinnt an Kraft.

6 <http://www.europeseverkiezingen.com>. und <http://www.europa-nu.nl>.

7 <http://www.motivaction.nl/0/Marktonderzoek-en-strategie>.

8 <http://www.politiekebarometer.nl/index.cfm?uid=83>.

9 HTK, 14. Januar 2009.